

Geschäftsbericht

2011



Vertreterversammlung: 3. Juli 2012

INHALTSÜBERSICHT

	Seite
Lagebericht	2
Jahresabschluss	
Jahresbilanz	8
Gewinn- und Verlustrechnung	12
Anhang	
Erläuterungen zur Jahresbilanz – AKTIVA	14
Entwicklung der Kapitalanlagen im Geschäftsjahr	16
Erläuterungen zur Jahresbilanz – PASSIVA	17
Deklaration von laufenden Überschussanteilen, Schlussüberschussanteilen und Schlusszahlungen	20
Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung	24
Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers	26
Bericht des Aufsichtsrates	27
Aufsichtsrat und Vorstand	27

Überblick

Der Landeslebenshilfe V.V.a.G. betrieb im Berichtsjahr 2011 im selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft die Einzel-Lebensversicherung in Form der kapitalbildenden Lebensversicherung (einschließlich der vermögensbildenden Lebensversicherung) mit überwiegendem Todesfallcharakter, der Risikoversicherung, der Leibrentenversicherung und der Berufsunfähigkeitsversicherung.

Der Geschäftsverlauf im Jahr 2011 in den eingangs genannten Versicherungsarten gestaltete sich zufrieden stellend. Der Bestand an kapitalbildenden Lebensversicherungen ist gegenüber dem Vorjahr erwartungsgemäß aufgrund planmäßiger Vertragsabläufe und anderer zu erwartenden Vertragsbeendigungen leicht zurückgegangen, während bei Rentenversicherungen wegen des Neuzugangs weiterhin ein Bestandswachstum zu verzeichnen ist.

Bestandsentwicklung

Der Bestand an Versicherungssumme betrug zum Ende des Berichtsjahres 272.435 TEUR (Vorjahr: 283.259 TEUR).

Die Veränderung beruht auf der Bewegung des Versicherungsbestandes im Jahr 2011, die in ihren Einzelheiten in der Übersicht am Schluss des Lageberichts dargestellt ist.

Vom Bestand an Versicherungssumme entfielen auf:

Berichtsjahr	2011		2010
	Anteil	TEUR	TEUR
Kapitalversicherungen	70,74 %	192.704	205.246
Risikoversicherungen	6,48 %	17.659	18.703
Rentenversicherungen	18,91 %	51.523	49.544
Kollektivversicherungen	3,87 %	10.549	9.767

Beiträge

Die gebuchten Bruttobeiträge betragen im Jahr 2011 10.845 TEUR (Vorjahr: 11.060 TEUR). Hierin enthalten sind 275 TEUR an Einmalbeiträgen aus kapitalisierbaren Einzelversicherungen, deren Anteil somit 2,5 % der gebuchten Bruttobeiträge beträgt.

Die Beitragssumme des Neugeschäfts belief sich im Berichtsjahr auf 8.963.206,93 EUR (Vorjahr: 7.071.337,13 EUR).

Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb

Die Abschlusskosten betragen 452 TEUR (Vorjahr: 416 TEUR).

Die sonstigen Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb beliefen sich im Jahr 2011 auf 289 TEUR (Vorjahr: 298 TEUR). Gemessen an den gebuchten Bruttobeiträgen errechnet sich hieraus eine Verwaltungskostenquote von 2,7 % (Vorjahr: 2,7 %).

Leistungen an die Versicherungsnehmer

Die Brutto-Aufwendungen für Versicherungsfälle (einschließlich Rückkäufe und Regulierungsaufwendungen) betragen im Berichtsjahr insgesamt 13.346 TEUR (Vorjahr: 12.511 TEUR).

Die ausgeschütteten laufenden Überschussanteile beliefen sich auf 5.370 TEUR. Ein Betrag in Höhe von 3.529 TEUR wurde den verzinslich angesammelten Überschussguthaben der Versicherungsnehmer zugeführt bzw. mit den fälligen Beiträgen verrechnet.

Kapitalanlagen

Die Kapitalanlagen betragen 194,9 Mio. EUR (Vorjahr: 197,9 Mio. EUR).

Die laufenden Erträge aus Kapitalanlagen überstiegen die laufenden Aufwendungen für Kapitalanlagen um 6.889 TEUR (Vorjahr: 7.356 TEUR). Der Rückgang der laufenden Erträge resultiert hauptsächlich aus dem weiterhin sehr niedrigen Zinsniveau sowie dem rückläufigen Kapitalanlagebestand. Es ergibt sich eine laufende Durchschnittsverzinsung von 3,5 % (Vorjahr: 3,7 %). Weitere Einzelheiten in diesem Zusammenhang sind im Risikobericht dargestellt.

Überschuss

Nach Bildung versicherungstechnischer und anderer erforderlicher Rückstellungen und nach Buchung des Steueraufwandes schließt das Geschäftsjahr mit einem Überschuss in Höhe von 2.729.049,61 EUR (Vorjahr: 4.029.175,50 EUR) ab.

Der Überschuss wurde unter Beachtung der satzungsmäßigen Bestimmungen wie folgt verwendet:

Zuweisung zur Verlustrücklage gemäß § 37 VAG	-, - EUR
Zuweisung zu den anderen Rücklagen	400.000,00 EUR
Zuführung zur Rückstellung für Beitragsrückerstattung *)	2.329.049,61 EUR
*) Die Entwicklung der Rückstellung für Beitragsrückerstattung ist in den Erläuterungen zur Jahresbilanz dargestellt.	

Den Hauptanteil am Überschuss trugen die Erträge aus Kapitalanlagen. Der Zinsüberschuss ergibt sich aus der Differenz zwischen rechnungsmäßigem und tatsächlich erwirtschaftetem Zinsertrag. Eine weitere Quelle für den Überschuss des Geschäftsjahres war der günstige Risikoverlauf. Die eingerechneten Risikobeiträge waren höher als die entsprechenden Aufwendungen. Einfluss auf den Überschuss hatte außerdem das Kostenergebnis. Wie im Vorjahr waren auch im Berichtsjahr die insgesamt für den Versicherungsbetrieb angefallenen Kosten niedriger als die rechnungsmäßig kalkulierten.

Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung lagen nach Schluss des Geschäftsjahres nicht vor.

Risikomanagement und Risiken der künftigen Entwicklung

Als Versicherungsunternehmen verfügt der Landeslebenshilfe V.V.a.G. aufgrund der für die Versicherungswirtschaft bestehenden gesetzlichen Vorschriften über ein wirkungsvolles Risikomanagementsystem, mit welchem die Risiken der künftigen Entwicklung frühzeitig erkannt und durch Auslösung geeigneter Steuerungsmaßnahmen beherrschbar gemacht werden. Dieses Überwachungssystem wird fortlaufend an veränderte Verhältnisse angepasst und unter Berücksichtigung der Entwicklungen in der Gesetzgebung kontinuierlich weiterentwickelt. In diesem Zusammenhang erfolgten insbesondere Anpassungen des Risikomanagementsystems an die gesetzlichen Anforderungen gemäß §§ 55c und 64a VAG und die durch die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) im Rundschreiben 3/2009 konkretisierten Mindestanforderungen an das Risikomanagement in Versicherungsunternehmen (MaRisk VA).

Der Landeslebenshilfe V.V.a.G. hat im Unternehmen Prozesse eingerichtet, mit denen die wesentlichen Risiken, denen ein Versicherungsunternehmen ausgesetzt ist, identifiziert, analysiert, bewertet, gesteuert und überwacht werden. Ziel des Risikomanagements und der Risikostrategie ist eine stets mit ausreichenden Sicherheiten versehene Kapitalausstattung des Unternehmens und ein vorsichtiger Umgang mit den aus dem eigentlichen Lebensversicherungsgeschäft herrührenden Risiken. Jedoch setzen die zunehmende Komplexität und Dynamik des Unternehmensumfeldes jedem Risikomanagement Grenzen, so dass es letzte Sicherheit nicht geben kann und wird.

Der folgende Risikobericht erfolgt auf der Basis der für das Unternehmen maßgeblichen Kalkulations- und Bilanzierungsvorschriften und ist in Anlehnung an den Deutschen Rechnungslegungsstandard 5-20 aufgebaut. Nach einer Darstellung der Aufgaben, der Organisation und der wesentlichsten Instrumente der Risikoüberwachung und Risikosteuerung werden die bedeutsamsten Risikofelder und die zugehörigen wichtigsten Steuerungsmaßnahmen erläutert. Schließlich wird die Risikolage des Landeslebenshilfe V.V.a.G. zusammenfassend dargestellt.

1. Aufgaben, Organisation und wesentlichste Instrumente

Grundlage des Risikomanagementsystems ist die vorhandene Aufbau- und Ablauforganisation des Unternehmens. Hierauf aufbauend ist ein umfangreiches Kontroll-, Berichts- und Meldewesen der einzelnen Funktionsbereiche eingerichtet, welches eine effektive Steuerung des Unternehmens ermöglicht. Das Berichts- und Meldewesen obliegt den Mitarbeitern des Unternehmens. Für das Kontrollwesen und das Risikomanagement zuständig sind die Mitglieder des Vorstands, die Verantwortlichen aller Funktionsbereiche sowie die Risikomanagerin. Die aus den einzelnen Funktionsbereichen resultierenden Wahrnehmungen werden im zentralen Risikomanagement zusammengeführt und bewertet. Dabei arbeitet der Landeslebenshilfe V.V.a.G. eng mit dem Schwesterunternehmen Landeskrankenhilfe V.V.a.G. zusammen. Es wird ein ganzheitlicher Ansatz verfolgt mit dem Ziel, wechselseitige Bezüge zwischen den aktiv- und passivseitigen Risiken sowie den strategischen und operationalen Risiken zu analysieren und zu steuern.

Werden dabei unerwünschte oder ungünstige Entwicklungen erkennbar, werden erforderlichenfalls Steuerungsmaßnahmen zur Bewältigung der jeweiligen Risiken ausgelöst. Zur Vorbereitung risikobezogener Entscheidungen und Maßnahmen sowie zur Gewährleistung der Erfüllung von Anforderungen an die Risikoberichterstattung dient die Risikokonferenz, die unter Leitung der Risikomanagerin monatlich und darüber hinaus bei besonderem Bedarf zusammentritt. Die Teilnehmer der Risikokonferenz stellen auf diese Weise die Risikokommunikation zwischen dem Vorstand, der Risikomanagerin und den Funktionsbereichen her.

Dem Vorstand obliegt die unternehmensweite, ressortübergreifende Planung, Steuerung und Kontrolle aller Risikofelder. Er ist einzuschalten bei Maßnahmen, welche das Risikokapital erheblich verändern können, bei ressortübergreifenden geschäftlichen Maßnahmen sowie bei den strategischen und operationalen Risiken, die sich auf die Reputation des Unternehmens negativ auswirken können. Die Verantwortlichen der einzelnen Funktionsbereiche identifizieren, analysieren, steuern und überwachen fortlaufend die Risiken in ihrem jeweiligen Bereich. Sie werden dabei von der Risikomanagerin unterstützt. Die Grundlage für den Umgang mit ihren Risiken bilden Vorgaben und Entscheidungen des Vorstands und der Risikomanagerin, die sich aus der jeweiligen Risikostrategie des Unternehmens ergeben.

2. Bedeutsamste Risikofelder und wichtigste Steuerungsmaßnahmen

Veränderungen rechtlicher, steuerlicher und sozialpolitischer Rahmenbedingungen

Das für einen Lebensversicherer in der Bundesrepublik Deutschland wohl bedeutsamste Risikofeld sind Veränderungen in den Rahmenbedingungen für die Geschäftstätigkeit. So hat das Bundesfinanzministerium durch Rechtsverordnung den Höchstrechnungszins in der Lebensversicherung für das Neugeschäft ab 01.01.2012 von vormals 2,25 % auf 1,75 % abgesenkt. Zudem hat der Europäische Gerichtshof am 01.03.2011 entschieden, dass spätestens ab Ende 2012 bei der Kalkulation eine Differenzierung nach dem Geschlecht nicht mehr erfolgen darf. Der Landeslebenshilfe V.V.a.G hat beschlossen, beide Vorschriften bereits ab dem 01.01.2012 mit der Einführung neuer Unisex-Tarife umzusetzen.

Ein wichtiges Thema in der gesamten Versicherungswirtschaft ist derzeit das Aufsichtsregime Solvency II, dessen sukzessive Einführung ab dem 01.01.2013 vorgesehen ist. Bei Solvency II wird ein so genannter 3-Säulen-Ansatz verfolgt. Die erste Säule stellt quantitative Anforderungen an eine risikoadäquate Finanzausstattung. Dazu wurden im Frühjahr 2011 die Ergebnisse und Erfahrungen der fünften quantitativen Auswirkungsstudie (Quantitative Impact Study 5, QIS 5) seitens der Aufsichtsbehörden BaFin und EIOPA veröffentlicht. Bei der QIS 5 zeigte sich eine im Vergleich zu früheren Auswirkungsstudien zunehmende Komplexität der durchzuführenden Berechnungen, ohne dass dadurch eine Verbesserung der Risikomessung erkennbar wäre. Noch immer werden daher weitere Änderungen bei der quantitativen Säule diskutiert. Der aktuelle Stand wird in Deutschland im Rahmen einer vom GDV und PKV-Verband initiierten sechsten quantitativen Auswirkungsstudie (QIS 6^{GDV/PKV}) ab März 2012 erprobt. Die zweite Säule stellt qualitative Anforderungen an ein angemessenes Risikomanagement. Diese sind in Form der Mindestanforderungen an das Risikomanagement in Versicherungsunternehmen durch die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht bereits im Rundschreiben 3/2009 konkretisiert worden und haben Einzug in das bestehende Risikomanagementsystem des Landeslebenshilfe V.V.a.G. gefunden. Die dritte Säule regelt Berichterstattungspflichten der Versicherungsunternehmen. Zuletzt wurden hierfür Ende 2011 umfangreiche Testunterlagen für die Unternehmen bereitgestellt. Hier plant die europäische Aufsicht umfassende Berichtspflichten, wie der aktuelle hohe Komplexitäts- und Detaillierungsgrad zeigt, wobei die Ausgestaltung der dritten Säule ebenfalls als noch nicht abgeschlossen gilt. Generell gibt es im Hinblick auf den konkreten Starttermin der neuen Regelungen noch keine abschließende Klarheit, da wichtige Entscheidungen hierzu auf europäischer Ebene aufgrund des vielfachen Abstimmungs- und Diskussionsbedarfs häufig vertagt werden.

Die Unsicherheiten im Hinblick auf die Ausgestaltung des zukünftigen Aufsichtsregimes stellen für die Versicherungsunternehmen eine Unwägbarkeit dar, der seitens des Landeslebenshilfe V.V.a.G. durch die laufende Verfolgung der Entwicklungen sowie Auswertung von zur Verfügung gestellten Papieren und Testunterlagen begegnet wird. Auf dieser Basis werden kontinuierlich technische und organisatorische Voraussetzungen geschaffen, die eine zügige Reaktion auf zukünftige Änderungen ermöglichen. Speziell den Unsicherheiten im Hinblick auf die quantitativen Anforderungen durch Solvency II wird durch eine solide Finanzausstattung Rechnung getragen.

Versicherungstechnische Risiken

Die versicherungstechnischen Risiken resultieren hauptsächlich aus Änderungsrisiken bei den biometrischen Rechnungsgrundlagen sowie hinsichtlich Kosten, Storno und Rechnungszins. Die Verlängerung der Lebenserwartung der Bevölkerung ist bei der Tarifierung der für den Neuzugang geöffneten Tarife berücksichtigt. Im Übrigen überwacht die Verantwortliche Aktuarin für alle Tarife laufend die ausreichende Bildung der versicherungstechnischen Rückstellungen. Daneben stellen eine solide Kalkulations- und Antragsannahmepolitik sicher, dass die vertraglich garantierten Versicherungsleistungen zusammen mit den Leistungen aus der Überschussbeteiligung den Produkten eine gute Position im Wettbewerb verschaffen.

In der Lebensversicherung wird die Deckungsrückstellung nach einzelvertraglichen Daten und insbesondere unter Verwendung des bei Abschluss des Versicherungsvertrages jeweils maßgeblichen Rechnungszinses berechnet. Infolge der Änderung der Deckungsrückstellungsverordnung (DeckRV) vom 01.03.2011 wird zur Stärkung der Risikotragfähigkeit erstmals zum 31.12.2011 eine Zinszusatzreserve gestellt. Sie hängt in ihrer Höhe maßgeblich von der künftigen Zinsentwicklung und den gegebenen Garantien ab und wird unter Ansatz des Referenzzinses gemäß § 5 Abs. 3 und 4 DeckRV ermittelt. Der Einfluss des Zinsänderungsrisikos wird zudem dadurch begrenzt, dass die künftigen Zahlungsströme aus Prämien, Kapitalerträgen und Verpflichtungen sorgfältig aufeinander abgestimmt werden.

Die Risiken des Ausfalls von Forderungen aus dem Versicherungsgeschäft bestehen darin, dass Rückversicherer, Versicherungsnehmer oder Versicherungsvermittler ihre vertraglichen Verpflichtungen gegenüber dem Unternehmen nicht erfüllen. Zur Steuerung der Liquiditäts- und Ausfallrisiken werden sämtliche Zahlungsströme aus dem versicherungstechnischen Geschäft, den Kapitalanlagen und der allgemeinen Verwaltung analysiert und laufend überwacht. Zur Risikovorsorge sind bereits pauschale Wertberichtigungen auf den Forderungsbestand gegenüber Versicherungsnehmern und Versicherungsvermittlern vorgenommen worden, die auf Erfahrungswerten der Vergangenheit beruhen. Abrechnungsforderungen gegen Rückversicherer bestanden am Bilanzstichtag nicht.

Risiken aus Kapitalanlagen

Die sorgfältige Auswahl der einzelnen Kapitalanlagen erfolgt im Rahmen der bestehenden Anlagevorschriften. Für sie sind die Risiken aus der Zins- und Kursentwicklung an den Finanzmärkten von besonderer Bedeutung. Diese werden durch eine breite Mischung nach Anlagearten und eine ausgewogene Streuung nach Schuldnern mit hoher Bonität vermindert. Bei den vom Unternehmen gehaltenen Spezialfonds handelt es sich um Aktien- und Rentenfonds. Für jeden Spezialfonds besteht ein Anlageausschuss, der die Anlagerichtlinien für das jeweilige Fondsmanagement formuliert und deren Einhaltung fortlaufend überwacht. Der Einsatz derivativer Finanzinstrumente ist den Fondsmanagements nur in streng begrenztem Umfang zur Absicherung konkreter Geschäfte gestattet.

Die Entwicklung an den Finanzmärkten und die Auswirkungen auf die Wertentwicklung der Vermögensanlagen werden laufend unter dem Gesichtspunkt der Risikotragfähigkeit des Unternehmens überprüft. Das Geschäftsjahr 2011 zeichnete sich durch unterschiedliche Verläufe aus: Bei den Aktienindizes verzeichnete der DAX wie auch der EURO STOXX 50 im Jahresverlauf einen Rückgang von rund 15 %. Bei den Renten fielen die Zinsen für deutsche Staatsanleihen weiter, während die Risikozuschläge auf Staatsanleihen der Euro-Peripherieländer weiter stark stiegen. Dies hat bei Spezialfonds zu Abschreibungen geführt.

Im Rahmen des Risikomanagements wird in regelmäßigen Abständen die Entwicklung der Bonität der Schuldner überwacht. Die Buchwerte der Rentenbestände bestehen vollständig aus einlagengesicherten Titeln, aus öffentlichen Anleihen oder aus Titeln, die mindestens ein Investment-Grade-Rating besitzen. Insgesamt ergibt sich eine Nettoverzinsung der Kapitalanlagen von 3,1 %. Die Erfüllung der versicherungsvertraglichen Verzinsungsverpflichtungen war zu jedem Zeitpunkt gewährleistet.

Operationale Risiken

Operationale Risiken treten im Zusammenhang mit den betrieblichen Abläufen auf. Von Bedeutung sind vor allem technische, rechtliche und personenbezogene Risiken, die sich aus der Anwendung gesetzlicher Bestimmungen, der Rechtsprechung und Verwaltungsanordnungen ergeben. Sie werden fortlaufend überwacht und im Hinblick auf eventuelle bilanzielle Konsequenzen überprüft. Zur Risikobegrenzung im Bereich der Informationstechnologie werden fortlaufend Maßnahmen entwickelt und ergriffen, mit denen eine größtmögliche Verfügbarkeit der eingesetzten Hard- und Softwaresysteme sowie Sicherheit und Schutz der Daten erreicht werden kann. Rechtliche Risiken, die mit dem Ausgang von Prozessen zusammenhängen und wesentlichen Einfluss auf die Finanz- und Ertragslage des Unternehmens haben könnten, bestehen derzeit nicht.

Sonstige Risiken

Die Ausstattung mit Eigenmitteln entspricht den aufsichtsrechtlichen Anforderungen. Die auf die Deckungsrückstellung bezogene Eigenkapitalquote beläuft sich auf 7,3 %. Deshalb ist die zu bildende Solvabilitätsspanne bereits durch das Eigenkapital vollständig bedeckt. Hinzu kommen die anderen anrechenbaren Eigenmittel.

Die Europäische Kommission verfolgt mit Solvency II das Ziel, den Versicherungsunternehmen eine risikobasierte Kapitalausstattung vorzugeben. Das könnte im Vergleich zu den derzeit maßgeblichen Solvabilitätsanforderungen zu einem höheren Bedarf an Sicherheitskapital führen. Das Unternehmen bereitet sich auf die künftigen Anforderungen durch Teilnahme an quantitativen Auswirkungsstudien vor. Aufgrund der vorhandenen hohen Ausstattung mit Eigenmitteln sind unabhängig von der konkreten Ausgestaltung des neuen Aufsichtsregimes bereits notwendige Voraussetzungen für die Einhaltung der künftigen Vorgaben geschaffen.

3. Zusammenfassende Darstellung der Risikolage

Im Ergebnis sind aus Sicht des Unternehmens gegenwärtig keine konkreten Entwicklungen zu erkennen, die den Fortbestand des Landeslebenshilfe V.V.a.G. sowie die dauernde Erfüllung der Versicherungsverträge ernsthaft gefährden oder die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens nachhaltig beeinträchtigen könnten. Die Risikosituation wird als kontrolliert und vom Unternehmen tragbar angesehen.

Allgemeine Angaben

Der mit einem Rückversicherer geschlossene Rückversicherungsvertrag besteht weiterhin. Der Landeslebenshilfe V.V.a.G. ist Mitglied des Konsortiums der Lebensversicherer zur Übernahme der Rentenversicherungsverträge des Pensions-Sicherungs-Vereins a.G., Köln, und ist außerdem an dessen Gründungsstock beteiligt.

Mitgliedschaften

Der Landeslebenshilfe V.V.a.G. ist Mitglied des Gesamtverbandes der Deutschen Versicherungswirtschaft e.V., Berlin und der Arbeitsgemeinschaft für betriebliche Altersversorgung e.V., Heidelberg.

Zusammenarbeit

Die Zusammenarbeit mit dem Landeskrankenhilfe V.V.a.G. hat im Berichtsjahr weiterhin bestanden. Wechselseitig erbrachte Leistungen wurden gemäß dem Abkommen vom 9. März 1977 abgerechnet.

Chancen der künftigen Entwicklung und Ausblick

Für das Neugeschäft ab dem 01.01.2012 wurde der Höchstrechnungszins in der Lebensversicherung von vormals 2,25 % auf 1,75 % gesenkt. Dieser so genannte Garantiezins stellt jedoch nur einen Teil der tatsächlichen Ablaufleistungen dar und gibt keinen Aufschluss darauf, wie rentabel eine Lebens- oder Rentenversicherung tatsächlich ist. So bietet der Landeslebenshilfe V.V.a.G. für 2012 eine laufende Verzinsung in Höhe von 4,5 %. Auch für die Jahre 2013 und 2014 wurden bereits Mittel für die Überschussbeteiligung der Mitglieder festgelegt. Die Festlegung der Überschussanteilsätze für drei Jahre ist außergewöhnlich in der Branche und stellt für unsere Mitglieder eine zusätzliche Garantie für eine sichere und ertragreiche Geldanlage dar. Vor diesem Hintergrund bleiben die Produkte des Landeslebenshilfe V.V.a.G. weiterhin attraktiv. Gerade hier zeigen sich die Vorteile gegenüber der fondsgebundenen Lebensversicherung. Während bei letzteren die Versicherungsnehmer den Kapitalmarktrisiken ausgesetzt sind, sorgt der Landeslebenshilfe V.V.a.G. auch in der aktuellen Finanzmarktkrise mit seiner verlässlichen Überschussbeteiligung für Stabilität und Berechenbarkeit. Dies sollte als Chance jedoch nicht überschätzt werden, da weitgehende und komplizierte Reglementierungen, mit denen detailliert vorgeschrieben wird, welche Maßnahmen als eigenverantwortliche und private Altersvorsorge anerkannt werden, die Vorsorgebereitschaft einschränken. Unter diesen Bedingungen ist im Jahr 2012 ein mit dem Vorjahr vergleichbarer Umfang des Neugeschäfts zu erwarten.

Dank

Der Landeslebenshilfe V.V.a.G. dankt den Mitgliedern für das entgegengebrachte Vertrauen sowie der Mitgliedervertretung und dem Aufsichtsrat für die konstruktive Zusammenarbeit. Der Dank des Unternehmens gilt ferner den Vertriebspartnern sowie allen Mitarbeitern, die durch ihren vorbildlichen Arbeitseinsatz dazu beigetragen haben, die Vielzahl der Aufgaben zu erfüllen.

A. Bewegung des Bestandes an selbst abgeschlossenen Lebensversicherungen im Geschäftsjahr 2011

	Gesamtes selbst abgeschlossenes Versicherungsgeschäft										Einzelversicherungen				Kollektivversicherungen	
	(nur Hauptversicherer.)		Versicherungsgeschäft (Haupt- und Zusatzversicherungen)		(nur Hauptversicherungen)		Kapitalversicherungen (einschl. Vermögensbildungsvers.) ohne Risikoversicherungen		Risikoversicherungen		Rentenversicherungen (einschl. Berufsunfähigkeitsversicherungen)		Kollektivversicherungen			
	Anzahl der Versicherungen	Lfd. Beitrag für ein Jahr in TEUR	Einmalbeitrag in TEUR	Versicherungssumme bzw. 12-fache Jahresrente in TEUR	Anzahl d. Versicherungen	Lfd. Beitrag für ein Jahr in TEUR	Anzahl d. Versicherungen	Lfd. Beitrag für ein Jahr in TEUR	Anzahl d. Versicherungen	Lfd. Beitrag für ein Jahr in TEUR	Anzahl d. Versicherungen	Lfd. Beitrag für ein Jahr in TEUR	Anzahl d. Versicherungen	Lfd. Beitrag für ein Jahr in TEUR		
I. Bestand am Anfang des Geschäftsjahres	20.321	9.176		283.259	305	6.882	16.896	118	2.533	2.177	587	-	-			
II. Zugang während des Geschäftsjahres																
1. Neuzugang																
a) eingelöste Versicherungsscheine	345	268	1.969	6.417	5	52	111	3	171	213	58	-	-			
b) Erhöhungen der Versicherungssummen (ohne Pos. 2)	-	144	-	1.992	-	94	-	-	-	50	-	-	-			
2. Erhöhungen der Versicherungssummen durch Überschuldanteile	5	4	-	60	-	-	-	-	5	4	-	-	-			
3. Übriger Zugang																
4. Gesamter Zugang	350	416	1.969	8.525	5	145	111	3	176	267	58	-	-			
III. Abgang während des Geschäftsjahres																
1. Tod, Berufsunfähigkeit, etc.	277	18	1.046	13	-	13	250	-	6	5	21	-	-			
2. Ablauf der Versicherung/Beitragszahlung	509	498	9.701	486	22	469	486	7	22	22	1	-	-			
3. Rückkauf und Umwandlung in beitragsfreie Versicherungen	351	270	7.611	254	3	175	254	2	94	93	0	-	-			
4. Sonstiger vorzeitiger Abgang	6	7	455	1	5	1	1	1	-	-	4	-	-			
5. Übriger Abgang	6	27	536	1	17	17	1	-	5	9	0	-	-			
6. Gesamter Abgang	1.149	819	19.348	992	30	676	992	10	105	133	22	-	-			
IV. Bestand am Ende des Geschäftsjahres	19.522	8.772	272.435	16.015	280	6.351	16.015	111	2.604	2.310	623	-	-			

B. Struktur des Bestandes an selbst abgeschlossenen Lebensversicherungen (ohne Zusatzversicherungen)

	Gesamtes selbst abgeschlossenes Versicherungsgeschäft				Einzelversicherungen				Kollektivversicherungen	
	Kapitalversicherungen (einschl. Vermögensbildungsvers.) ohne Risikoversicherungen		Risikoversicherungen		Kapitalversicherungen (einschl. Vermögensbildungsvers.) ohne Risikoversicherungen		Risikoversicherungen		Rentenversicherungen (einschl. Berufsunfähigkeitsversicherungen)	
	Anzahl der Versicherungen	Versicherungssumme bzw. 12-fache Jahresrente in TEUR	Anzahl d. Versicherungen	Versicherungssumme in TEUR	Anzahl d. Versicherungen	Versicherungssumme in TEUR	Anzahl d. Versicherungen	Versicherungssumme in TEUR	Anzahl d. Versicherungen	12-fache Jahresrente in TEUR
1. Bestand am Anfang des Geschäftsjahres davon beitragsfrei	20.321 (4.486)	283.259 (26.036)	305 (9)	205.246 (12.274)	118 (56)	18.703 (56)	2.533 (261)	49.544 (3.941)	587 (587)	9.767 (9.767)
2. Bestand am Ende des Geschäftsjahres davon beitragsfrei	19.522 (4.519)	272.435 (26.943)	280 (10)	192.704 (11.968)	111 (100)	17.659 (100)	2.604 (304)	51.523 (4.325)	623 (623)	10.549 (10.549)

C. Struktur des Bestandes an selbst abgeschlossenen Zusatzversicherungen

	Zusatzversicherungen insgesamt				Berufsunfähigkeits- oder Invaliditäts-Zusatzvers.		Sonstige Zusatzversicherungen	
	Unfall-Zusatzversicherungen		Zusatzversicherungen		Anzahl der Versicherungen		Versumme bzw. 12-f. Jahresrente in TEUR	
	Anzahl der Versicherungen	Versicherungssumme bzw. 12-fache Jahresrente in TEUR	Anzahl der Versicherungen	Versicherungssumme in TEUR	Anzahl der Versicherungen	12-fache Jahresrente in TEUR	Anzahl der Versicherungen	Versumme bzw. 12-f. Jahresrente in TEUR
1. Bestand am Anfang des Geschäftsjahres	2.600	106.097	1.668	41.153	921	64.836	11	109
2. Bestand am Ende des Geschäftsjahres	2.303	97.207	1.459	36.689	837	60.454	7	64

JAHRESBILANZ ZUM 31. DEZEMBER 2011

Aktiva	2011		2010
	EUR	EUR	EUR
A. Wechsel der Zeichner des Gründungsstocks			-,-
B. Immaterielle Vermögensgegenstände			
I. Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte		-,-	-,-
II. entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		31.998,00	66.341,00
III. Geschäfts- oder Firmenwert		-,-	-,-
IV. geleistete Anzahlungen		-,-	-,-
C. Kapitalanlagen			
I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich Bauten auf fremden Grundstücken			1.049.868,51
II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen			
1. Anteile an verbundenen Unternehmen		-,-	-,-
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen		-,-	-,-
3. Beteiligungen		4.570.327,43	4.570.327,43
4. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht		-,-	-,-
III. Sonstige Kapitalanlagen			
1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere		26.978.056,09	58.391.963,08
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere		19.088.727,94	7.106.500,00
3. Hypotheken-, Grundschild- und Rentenschuldforderungen		-,-	-,-
4. Sonstige Ausleihungen			
a) Namensschuldverschreibungen	39.000.000,00		20.000.000,00
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	71.000.000,00		81.500.000,00
c) Darlehen und Vorauszahlungen auf Versicherungsscheine	388.060,86		509.057,15
d) übrige Ausleihungen	104.176,61	110.492.237,47	97.678,21
5. Einlagen bei Kreditinstituten		32.724.383,17	24.608.482,32
6. Andere Kapitalanlagen		-,-	-,-
IV. Depotforderungen aus dem in Rückdeckung übernommenen Versicherungsgeschäft			-,-
			194.903.600,61

JAHRESBILANZ ZUM 31. DEZEMBER 2011

Aktiva	2011		2010
	EUR	EUR	EUR
D. Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Inhabern von Lebensversicherungspolice			
			-,- -
E. Forderungen			
I. Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an:			
1. Versicherungsnehmer			
a) fällige Ansprüche	119.264,91		118.875,27
b) noch nicht fällige Ansprüche	49.751,52		62.389,16
2. Versicherungsvermittler	64.554,65		68.064,00
3. Mitglieds- und Trägerunternehmen	-,- -	233.571,08	-,- -
II. Abrechnungsforderungen aus dem Rückversicherungsgeschäft		-,- -	-,- -
III. Sonstige Forderungen		<u>285.732,86</u>	519.303,94
F. Sonstige Vermögensgegenstände			
I. Sachanlagen und Vorräte		-,- -	-,- -
II. Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand		230.162,53	658.302,82
III. Andere Vermögensgegenstände		<u>-,- -</u>	230.162,53
G. Rechnungsabgrenzungsposten			
I. Abgegrenzte Zinsen und Mieten		3.855.264,18	4.760.034,98
II. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten		<u>83.780,14</u>	3.939.044,32
H. Aktive latente Steuern			110.400,00
I. Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensberechnung			-,- -
J. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag			-,- -
Summe der Aktiva			<u><u>199.734.509,40</u></u>
			<u><u>204.404.953,11</u></u>

Gemäß § 73 VAG bestätige ich, dass das in der Bilanz zum 31.12.2011 eingestellte Sicherungsvermögen vorschriftsmäßig angelegt und aufbewahrt ist.

Lüneburg, den 16. April 2012

Der Treuhänder

Wenk

JAHRESBILANZ ZUM 31. DEZEMBER 2011

Passiva	2011			2010
	EUR	EUR	EUR	EUR
A. Eigenkapital				
I. Gründungsstock		-,- -		-,- -
II. Kapitalrücklage		-,- -		-,- -
III. Gewinnrücklagen				
1. Verlustrücklage gemäß § 37 VAG	3.783.000,00			3.783.000,00
2. Rücklage für Anteile an einem herrschenden oder mehrheitlich beteiligten Unternehmen	-,- -			-,- -
3. satzungsmäßige Rücklagen	-,- -			-,- -
4. andere Gewinnrücklagen	5.117.000,00	8.900.000,00		4.717.000,00
IV. Bilanzgewinn/Bilanzverlust		-,- -	8.900.000,00	-,- -
B. Genussrechtskapital			-,- -	-,- -
C. Nachrangige Verbindlichkeiten			-,- -	-,- -
E. Versicherungstechnische Rückstellungen				
I. Beitragsüberträge				
1. Bruttobetrag	914.339,08			975.318,62
2. davon ab:				
Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	232.294,14	682.044,94		259.775,83
II. Deckungsrückstellung				
1. Bruttobetrag	121.733.857,35			121.827.375,99
2. davon ab:				
Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	7.522.510,85	114.211.346,50		8.061.245,90
III. Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle				
1. Bruttobetrag	25.698,97			30.001,16
2. davon ab:				
Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	-,- -	25.698,97		5.484,85
IV. Rückstellung für Beitragsrückerstattung				
1. Bruttobetrag	26.555.386,43			29.147.631,77
2. davon ab:				
Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	-,- -	26.555.386,43		-,- -
V. Schwankungsrückstellung und ähnliche Rückstellungen			-,- -	-,- -
VI. Sonstige versicherungstechnische Rückstellungen				
1. Bruttobetrag	-,- -			-,- -
2. davon ab:				
Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	-,- -	-,- -	141.474.476,84	-,- -

JAHRESBILANZ ZUM 31. DEZEMBER 2011

Passiva	2011			2010
	EUR	EUR	EUR	EUR
F. Versicherungstechnische Rückstellungen im Bereich der Lebensversicherung, soweit das Anlagerisiko von den Versicherungsnehmern getragen wird			-,-	-,-
G. Andere Rückstellungen				
I. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		1.290.295,00		1.265.197,00
II. Steuerrückstellungen		174.575,40		534.165,92
III. Sonstige Rückstellungen		<u>39.910,00</u>	1.504.780,40	55.930,00
H. Depotverbindlichkeiten aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft			7.754.804,99	8.321.021,73
I. Andere Verbindlichkeiten				
I. Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft gegenüber				
1. Versicherungsnehmern	39.390.755,70			41.653.199,24
2. Versicherungsvermittlern	27.440,68			26.599,38
3. Mitglieds- und Trägerunternehmen	<u>-,-</u>	39.418.196,38		-,-
II. Abrechnungsverbindlichkeiten aus dem Rückversicherungsgeschäft		60.229,64		76.900,61
III. Anleihen				
davon konvertibel : -,- EUR			-,-	-,-
IV. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten			-,-	-,-
V. Sonstige Verbindlichkeiten		<u>621.148,65</u>	40.099.574,67	318.118,27
davon:				
aus Steuern: 427.189,90 EUR (Vorjahr: 142.487,47 EUR)				
im Rahmen der sozialen Sicherheit: -,- EUR (Vorjahr: -,- EUR)				
K. Rechnungsabgrenzungsposten			872,50	-,-
L. Passive latente Steuern			<u>-,-</u>	<u>-,-</u>
Summe der Passiva			<u>199.734.509,40</u>	<u>204.404.953,11</u>

Es wird bestätigt, dass die in der Bilanz unter dem Posten E. II. der Passiva eingestellte Deckungsrückstellung unter Beachtung des § 341f HGB sowie der aufgrund des § 65 Abs. 1 VAG erlassenen Rechtsverordnungen berechnet worden ist; für den Altbestand im Sinne des § 11c VAG und des Artikels 16 § 2 Satz 2 des Dritten Durchführungsgesetzes/EWG zum VAG ist die Deckungsrückstellung nach dem zuletzt am 11. März 2011 genehmigten Geschäftsplan und der am 2. März 2012 beantragten Geschäftsplanänderung berechnet worden.

Lüneburg, den 16. April 2012

Verantwortliche Aktuarin

Haspelmann

Gewinn- und Verlustrechnung vom 1. Januar bis 31. Dezember 2011

	2011			2010
	EUR	EUR	EUR	EUR
I. Versicherungstechnische Rechnung				
1. Verdiente Beiträge für eigene Rechnung				
a) Gebuchte Bruttobeiträge	10.845.484,91			11.060.038,91
b) Abgegebene Rückversicherungsbeiträge	-398.841,06	10.446.643,85		-438.604,20
c) Veränderung der Bruttobeitragsüberträge	60.979,54			56.280,18
d) Veränderung des Anteils der Rückversicherer an den Bruttobeitragsüberträgen	-27.481,69	33.497,85	10.480.141,70	-29.218,39
2. Beiträge aus der Brutto-Rückstellung für Beitragsrückerstattung			45.010,03	46.515,74
3. Erträge aus Kapitalanlagen				
a) Erträge aus Beteiligungen		510.000,00		-,-
davon:				
aus verbundenen Unternehmen -,- EUR				
b) Erträge aus anderen Kapitalanlagen				
davon:				
aus verbundenen Unternehmen -,- EUR				
aa) Erträge aus Grundstücken, grundstücksgleichen Rechten und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	105.677,80			106.769,51
bb) Erträge aus anderen Kapitalanlagen	6.655.920,59	6.761.598,39		7.457.840,48
c) Erträge aus Zuschreibungen		-,-		349.944,20
d) Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen		-,-		214.803,76
e) Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- und Teilgewinnabführungsverträgen		-,-	7.271.598,39	-,-
4. Nicht realisierte Gewinne aus Kapitalanlagen			-,-	-,-
5. Sonstige versicherungstechnische Erträge für eigene Rechnung			87.764,54	183.473,29
6. Aufwendungen für Versicherungsfälle für eigene Rechnung				
a) Zahlungen für Versicherungsfälle				
aa) Bruttobetrag	13.349.960,42			12.494.996,72
bb) Anteil der Rückversicherer	-1.114.983,08	12.234.977,34		-1.155.293,40
b) Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle				
aa) Bruttobetrag	-4.302,19			15.847,83
bb) Anteil der Rückversicherer	5.484,85	1.182,66	12.236.160,00	-5.466,04
7. Veränderung der übrigen versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen				
a) Deckungsrückstellung				
aa) Bruttobetrag	-93.518,64			528.733,00
bb) Anteil der Rückversicherer	538.735,05	445.216,41		540.017,94
b) Sonstige versicherungstechnische Netto-Rückstellungen		-,-	445.216,41	-,-
8. Aufwendungen für Beitragsrückerstattungen für eigene Rechnung			2.329.049,61	3.629.175,50

Gewinn- und Verlustrechnung vom 1. Januar bis 31. Dezember 2011

	2011		2010
	EUR	EUR	EUR
9. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb für eigene Rechnung			
a) Abschlussaufwendungen	452.055,68		415.955,23
b) Verwaltungsaufwendungen	289.479,76	741.535,44	298.329,13
c) davon ab: Erhaltene Provisionen und Gewinnbeteiligungen aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft		60.221,53	64.542,93
10. Aufwendungen für Kapitalanlagen			
a) Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen, Zinsaufwendungen und sonstige Aufwendungen für die Kapitalanlagen		347.510,93	173.803,88
b) Abschreibungen auf Kapitalanlagen		779.206,00	670.357,35
c) Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen		30.788,36	-,-
d) Aufwendungen aus Verlustübernahme		-,-	-,-
11. Nicht realisierte Verluste aus Kapitalanlagen			-,-
12. Sonstige versicherungstechnische Aufwendungen für eigene Rechnung			308.113,61
13. Versicherungstechnisches Ergebnis für eigene Rechnung			1.157.815,66
II. Nichtversicherungstechnische Rechnung			
1. Sonstige Erträge		21.588,84	14.221,85
2. Sonstige Aufwendungen		171.622,07	186.253,51
3. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit			985.784,00
4. Außerordentliche Erträge		-,-	-,-
5. Außerordentliche Aufwendungen		-,-	176.947,00
6. Außerordentliches Ergebnis			-176.947,00
7. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag davon latente Steuern: 136.350,00 EUR (Vorjahr: -219.969,00 EUR)		178.839,56	403.272,82
8. Sonstige Steuern		5.739,20	5.564,18
9. Erträge aus Verlustübernahme		-,-	-,-
10. Auf Grund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinnabführungs- oder eines Teilgewinnabführungsvertrages abgeführte Gewinne		-,-	-,-
11. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag			400.000,00
12. Gewinnvortrag/Verlustvortrag aus dem Vorjahr			-,-
13. Entnahmen aus der Kapitalrücklage			-,-
14. Entnahmen aus Gewinnrücklagen			-,-
15. Entnahmen aus Genusssrechtskapital			-,-
16. Einstellungen in Gewinnrücklagen			
a) in die Verlustrücklage gemäß § 37 VAG		-,-	-,-
b) in die Rücklage für Anteile an einem herrschenden oder mehrheitlich beteiligten Unternehmen		-,-	-,-
c) in satzungsmäßige Rücklagen		-,-	-,-
d) in andere Gewinnrücklagen		400.000,00	400.000,00
17. Wiederauffüllung des Genusssrechtskapitals			-,-
18. Bilanzgewinn/Bilanzverlust			-,-

Der Jahresabschluss 2011 wurde nach den Vorschriften des VAG, des HGB/AktG sowie der Verordnung über die Rechnungslegung von Versicherungsunternehmen (RechVersV) erstellt.

Erläuterungen zur Jahresbilanz**AKTIVA****Zu B. Immaterielle Vermögensgegenstände**

Der Posten enthält ausschließlich gegen Entgelt erworbene Individual- und Standardsoftware. Die immateriellen Vermögensgegenstände sind mit den Anschaffungskosten nach Abzug der linearen Abschreibungen bewertet.

Zu C. Kapitalanlagen

Der Geschäftsbetrieb erfolgt in gemieteten Räumen. Ein Bilanzwert für eigengenutzte Grundstücke und Bauten (§ 52 RechVersV) ist daher nicht anzugeben. Der Grundbesitz steht mit den um die steuerlich zulässigen Abschreibungen verminderten Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten zu Buch. Eine Beteiligung, die gemäß Gesellschaftervereinbarung in Folgejahren im Rahmen zukünftiger Kapitalanlageinvestitionen eine Kapitaleinlageverpflichtung in Höhe von 0,5 Mio. EUR vorsieht, ist mit den Anschaffungskosten bewertet.

Die in den Bilanzpositionen C. III. 1. und 2. enthaltenen Kapitalanlagen wurden nach den für das Umlaufvermögen geltenden Vorschriften bewertet, sofern sie nicht entsprechend vorliegender Beschlüsse dauerhaft dem Geschäftsbetrieb dienen sollen und deshalb gemäß § 341b HGB dem Anlagevermögen zugeordnet wurden. Im letzteren Fall wurden sie nach den für das Anlagevermögen geltenden Vorschriften, gegebenenfalls vermindert um Abschreibungen nach § 253 Abs. 3 HGB bzw. erhöht um Zuschreibungen nach § 253 Abs. 5 HGB, bewertet. Wurden bei den betreffenden Vermögensgegenständen in den Vorjahren Abschreibungen gemäß § 253 Abs. 3 HGB vorgenommen und stellte sich heraus, dass die Gründe dafür nicht mehr bestehen, so wurde der Betrag dieser Abschreibung im Umfang der Werterhöhung zugeschrieben.

Zur Feststellung, ob für Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere eine voraussichtlich dauernde Wertminderung der betreffenden Vermögensgegenstände vorliegt, wurden bei der Ermittlung die Zeitwerte der vorausgegangenen 12 Monate herangezogen. Eine voraussichtlich dauernde Wertminderung wurde angenommen, wenn das Verhältnis von Zeitwert und Buchwert der jeweiligen Vermögenssubstanz im Durchschnitt über diesen Zwölfmonatszeitraum weniger als neunzig Prozent betrug. Abschreibungen aufgrund voraussichtlich dauernder Wertminderung waren hiernach nicht notwendig. Bei den Investmentanteilen beträgt der gemäß § 285 Nr. 18 HGB anzugebende Buchwert 7,9 Mio. EUR, der entsprechende Zeitwert beträgt 7,0 Mio. EUR.

Grundsätzlich angenommen wird eine dauerhafte Wertminderung, wenn bei Inhaberschuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren im Folgejahr die planmäßige Tilgung erfolgt und die fortgeführten Anschaffungskosten zum Bilanzstichtag größer als der Nennwert der betroffenen Wertpapiere sind. Andere Abschreibungen waren nicht notwendig. Bei den Inhaberschuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren beträgt der gemäß § 285 Nr. 18 HGB anzugebende Buchwert 9,1 Mio. EUR, der entsprechende Zeitwert beläuft sich auf 9,0 Mio. EUR.

Abschreibungen gemäß § 253 Abs. 3 HGB wurden in Höhe von 0,6 Mio. EUR vorgenommen.

Die Position C.III.4.d) übrige Ausleihungen enthält ausschließlich Anteile am Sicherungsfonds für die Lebensversicherer.

Für Grundstücke und Bauten erfolgte die Ermittlung der Zeitwerte nach dem Ertragswertverfahren auf Basis der Verhältnisse für 2011. Der Zeitwert der Beteiligungen wurde wegen untergeordneter Bedeutung und geringer Einflussnahme mit den Anschaffungskosten angesetzt. Die Ermittlung der Zeitwerte der übrigen zum Anschaffungswert ausgewiesenen Kapitalanlagen erfolgte gemäß § 56 Abs. 1 RechVersV mit den letzten zum Stichtag verfügbaren Börsenkursen. Der Zeitwert nicht börsennotierter Zinsanlagen wurde anhand der zum Stichtag letzten verfügbaren Euro-Zinskurve unter Berücksichtigung von laufzeit- und risikoadäquaten credit spreads ermittelt.

Die Angabe der Zeitwerte der Kapitalanlagen gemäß § 54 RechVersV erfolgt in der nachfolgenden Darstellung Entwicklung der Aktivposten B., C. I. bis III. im Geschäftsjahr 2011.

Bei Schuldscheinforderungen und Darlehen wurden die zum 31.12.2010 bestehenden Agiobeträge gemäß § 341 c HGB auf die entsprechenden Wertpapiere umbucht und anschließend vollständig abgeschrieben.

Die Gesamtsumme der fortgeführten Anschaffungskosten der in die Überschussbeteiligung einzubeziehenden Kapitalanlagen beträgt 194.987.380,75 EUR, die Gesamtsumme des beizulegenden Zeitwerts selbiger Kapitalanlagen beträgt 202.103.689,06 EUR. Daraus ergibt sich ein Saldo an stillen Reserven von 7.116.308,31 EUR.

Zu E. I. Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft

Die Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft sind mit dem Nennwert ausgewiesen. Die Forderungen gegenüber Versicherungsnehmern wie gegenüber Versicherungsvermittlern wurden für zu erwartende Ausfälle aufgrund von Erfahrungswerten um eine pauschale Wertberichtigung gekürzt. Die sonstigen Forderungen sind mit ihrem Nennwert bewertet.

Zu G. II. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten

Die Bilanzposition enthält ausschließlich Agiopositionen aus Namensschuldverschreibungen

Zu H. Aktive latente Steuern

Die Steuerabgrenzung beruht im Wesentlichen auf steuerlich abweichenden Wertfeststellungen bei Kapitalanlagen und Pensionsrückstellungen. Es wurde ein Steuersatz von 28,43% zugrunde gelegt.

Entwicklung der Aktivposten B., C. I. bis III. im Geschäftsjahr 2011

Aktivposten	Bilanzwerte Vorjahr EUR	Zugänge EUR	Umbuchungen EUR	Abgänge EUR	Zuschrei- bungen EUR	Abschrei- bungen EUR	Bilanzwerte Geschäftsjahr EUR	Zeitwerte Geschäftsjahr EUR
B. Immaterielle Vermögensgegenstände								
1. Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-
2. entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	66.341,00	7.854,00	-,-	-,-	-,-	42.197,00	31.998,00	
3. Geschäfts- oder Firmenwert	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-
4. geleistete Anzahlungen	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-
5. Summe B.	66.341,00	7.854,00	-,-	-,-	-,-	42.197,00	31.998,00	
C I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschl. der Bauten auf fremden Grundstücken	1.084.482,51	-,-	-,-	-,-	-,-	34.614,00	1.049.868,51	1.463.814,57
C II. Kapitalanlagen in verb. Unternehmen und Beteiligungen								
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-
3. Beteiligungen	4.570.327,43	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-	4.570.327,43	4.570.327,43
4. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-
5. Summe C II.	4.570.327,43	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-	4.570.327,43	4.570.327,43
C III. Sonstige Kapitalanlagen								
1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	58.391.963,08	850.176,00	-,-	31.845.413,36	-,-	418.669,63	26.978.056,09	28.320.448,46
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	7.106.500,00	12.146.227,94	-,-	-,-	-,-	164.000,00	19.088.727,94	19.133.000,00
3. Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-
4. Sonstige Ausleihungen								
a) Namensschuldverschreibungen	20.000.000,00	19.000.000,00	-,-	-,-	-,-	-,-	39.000.000,00	39.637.949,27
b) Scheinforderungen und Darlehen	81.500.000,00	14.000.000,00	161.922,37	24.500.000,00	-,-	161.922,37	71.000.000,00	75.757.485,16
c) Darlehen und Vorauszahlungen auf Versicherungsscheine	509.057,15	151.817,21	-,-	272.813,50	-,-	-,-	388.060,86	388.060,86
d) übrige Ausleihungen	97.678,21	6.498,40	-,-	-,-	-,-	-,-	104.176,61	108.220,14
5. Einlagen bei Kreditinstituten	24.608.482,32	8.115.900,85	-,-	-,-	-,-	-,-	32.724.383,17	32.724.383,17
6. Andere Kapitalanlagen	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-
7. Summe C III.	192.213.680,76	54.270.620,40	161.922,37	56.618.226,86	-,-	744.592,00	189.283.404,67	196.069.547,06
Insgesamt	197.934.831,70	54.278.474,40	161.922,37	56.618.226,86	-,-	821.403,00	194.935.598,61	

Erläuterungen zur Jahresbilanz

PASSIVA

Zu A. III. Gewinnrücklagen

EUR

1. Verlustrücklage gemäß § 37 VAG

Stand am 01.01. des Geschäftsjahres	3.783.000,00
Einstellung aus dem Jahresüberschuss	-,-
Stand am 31.12. des Geschäftsjahres	<u>3.783.000,00</u>

4. Andere Gewinnrücklagen

Stand am 01.01. des Geschäftsjahres	4.717.000,00
Einstellung aus dem Jahresüberschuss	400.000,00
Stand am 31.12. des Geschäftsjahres	<u>5.117.000,00</u>

Zu E. I. Beitragsüberträge

Als Beitragsüberträge wurden die um die kalkulierten Inkassozuschläge (höchstens 4 %) gekürzten übertragungsfähigen Teile der im Geschäftsjahr fällig gewordenen Beiträge ausgewiesen. Hierbei handelt es sich um die nach der 1/12-Methode einzelvertraglich berechneten Teile der Jahresbeiträge bzw. der unterjährlichen Beitragsraten – ohne Ratenzuschläge sowie ohne Stückkosten –, die auf den Zeitraum vom 1. Januar 2012 bis zum ersten Ratenzahlungstermin in 2012 entfallen. Die für den Rückversicherer abgesetzten Teile wurden in derselben Weise, jedoch auf der Grundlage jährlicher Beitragszahlung, berechnet.

Zu E. II. Deckungsrückstellung

Die Deckungsrückstellung für das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft ist – wie auch für den in Rückdeckung gegebenen Teil – grundsätzlich einzelvertraglich nach der prospektiven Methode mit impliziter Berücksichtigung der künftigen Kosten (Nettomethode) berechnet worden. Die jeweils verwendete Reserveprämie ist gleich der mit den Rechnungsgrundlagen der Deckungsrückstellung berechneten Reserveprämie. Für beitragsfreie Versicherungen und Versicherungen mit abgekürzter Beitragszahlungsdauer ist eine Verwaltungskostenrückstellung für beitragsfreie Zeiten gebildet, die in der Deckungsrückstellung enthalten ist.

Die bei der Berechnung der Deckungsrückstellung (ohne Konsortialverträge) verwendeten Rechnungsgrundlagen ergeben sich aus folgender Aufstellung:

Tarife	Wahrscheinlichkeitstafel	Rechnungszinssatz	Anteil an der Deckungsrückstellung
L1, LG, LE, LGV, BUZ, BU	Sterbetafel ADSt 1924/26 M	3,00 %	5,1 %
AM, AF	Allg. Sterbetafel 1949/51 M/F	3,00 %	1,4 %
K1 - K6, R0, BUZ, V2, BV	Sterbetafel 1960/62 mod. M	3,00 %	27,6 %
M1 - M4, F1 - F4, M9, F9, BUZ	Sterbetafel 1986 M/F	3,50 %	25,0 %
1M - 4M, 1F - 4F, 9M, 9F, BUZ	DAV-Sterbetafel 1994 T	4,00 %	15,7 %
CM, CF, DM, DF	DAV-Sterbetafel 1994 R	4,00 %	6,1 %
1M - 4M, 1F - 4F, 9M, 9F, BUZ	DAV-Sterbetafel 1994 T	3,25 %	5,7 %
CM, CF, DM, DF	DAV-Sterbetafel 1994 R	3,25 %	4,1 %
1M - 4M, 1F - 4F, 9M, 9F, BUZ	DAV-Sterbetafel 1994 T	2,75 %	3,3 %
CM, CF, DM, DF	DAV-Sterbetafel 1994 R	2,75 %	2,0 %
CM, CF, DM, DF, EM, EF	DAV-Sterbetafel 2004 R	2,75 %	1,1 %
1 - 4, 9, BUZ	DAV-Sterbetafel 1994 T	2,25 %	0,4 %
C, D, E, CP, CB, CD	DAV-Sterbetafel 2004 R	2,25 %	2,4 %
2NR, 4NR, 9NR	DAV-Sterbetafel 2008 T NR	2,25 %	0,1 %
2R, 4R, 9R	DAV-Sterbetafel 2008 T R	2,25 %	0,0 %

Erläuterungen zur Jahresbilanz

PASSIVA

Bei den kapitalbildenden Versicherungen auf der Grundlage der Sterbetafeln ADSt 1924/26 M, 1960/62 mod. M und 1986 M/F wurde mit einem Zillmersatz von 35 ‰ der Versicherungssumme gerechnet, bei den Versicherungen auf der Grundlage der DAV-Sterbetafeln 1994 T/R, 2004 R, 2008 T NR und 2008 T R mit einem Zillmersatz von 40 ‰ der Beitragssumme.

Für Rentenversicherungen wurde eine zusätzliche Deckungsrückstellung basierend auf den Sterbetafeln DAV 2004 R-Bestand und DAV 2004 R-B20 eingestellt und somit dem veränderten Sterblichkeitstrend Rechnung getragen. Für Versicherungen mit einem Rechnungszins von 4 % wurde eine Zinszusatzreserve gemäß § 5 Abs. 3 und 4 DeckRV gebildet.

Zu E. III. Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle

Die Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle wurde für jeden einzelnen Versicherungsfall gebildet, der bis zum 31. Dezember eingetreten war, aber bis dahin nicht mehr ausgezahlt werden konnte. Die Rückstellung wird in Höhe der voraussichtlich zu erbringenden Leistung bilanziert. Für Versicherungsfälle, die bis zum Abschlusszeitpunkt eintraten, aber erst nach der Bestandsfeststellung bekannt geworden sind, wurde eine Spätschadenrückstellung gebildet. Die Rückstellungen für Regulierungsaufwendungen wurden pauschal mit 1 % der zurückgestellten Beträge in Ansatz gebracht.

Zu E. IV. Rückstellung für Beitragsrückerstattung

	EUR
Stand am 01.01. des Geschäftsjahres	29.147.631,77
Ausschüttung im Geschäftsjahr	4.921.294,95
Zuführung aus dem Überschuss des Geschäftsjahres	<u>2.329.049,61</u>
Stand am 31.12. des Geschäftsjahres	<u>26.555.386,43</u>
davon sind entfallen auf	
a) festgelegte, noch nicht zugeteilte laufende Überschussanteile	8.223.517,40
b) festgelegte, noch nicht zugeteilte Schlussüberschussanteile und Schlusszahlungen	913.384,77
c) festgelegte, noch nicht zugeteilte Beträge für die Mindestbeteiligung an den Bewertungsreserven	-, -
d) festgelegte, noch nicht zugeteilte Beträge zur Beteiligung an Bewertungsreserven (ohne Buchstabe c)	64.644,10
e) zurückgestellte Beträge zur Finanzierung von Gewinnrenten (ohne Buchstabe a)	-, -
f) zurückgestellte Beträge zur Finanzierung von Schlussüberschussanteilen und Schlusszahlungen (ohne Buchstaben b und e)	11.134.186,35
g) zurückgestellte Beträge zur Finanzierung der Mindestbeteiligung an Bewertungsreserven (ohne Buchstabe c)	-, -
h) ungebundene Rückstellung für Beitragsrückerstattung	6.219.653,81

Die Darstellung der Überschussanteilsätze für die Geschäftsjahre 2012 bis 2014 schließt sich an die Erläuterungen zur Jahresbilanz an.

Die im Geschäftsjahr aus der Rückstellung für Beitragsrückerstattung entnommenen Beträge wurden für die Überschussbeteiligung der Versicherungsnehmer sowie für die Verzinsung ihrer Ansammlungsguthaben, die sich insgesamt auf 4,50 % belief, verwendet. Dazu gehörten auch die in Höhe des jeweiligen Rechnungszinses gutgeschriebenen Zinsbeträge, die im Geschäftsjahr 1.251 TEUR ausmachten.

Der Schlussüberschussanteilsfonds wird zur Finanzierung der Schlussüberschussanteile und (bei Berufsunfähigkeits-Versicherungen) der Schlusszahlungen einzelvertraglich berechnet. Er ergibt sich für jede Versicherung als der Teil des zu ihrem regulären Fälligkeitszeitpunkt vorgesehenen Schlussüberschussanteils, der dem Verhältnis der abgelaufenen Versicherungsdauer zu der gesamten Versicherungsdauer (bei lebenslanger Versicherungsdauer gerechnet bis zum rechnermäßigen Alter von 85 Jahren) entspricht. Bei Rentenversicherungen wird anstelle der Versicherungsdauer die Aufschubzeit zugrunde gelegt. Die Abzinsung erfolgt unter Beachtung von § 28 Abs. 7 RechVersV mit einem Diskontsatz von 2,25 %. Bei Berufsunfähigkeitsversicherungen werden die Schlusszahlungen entsprechend dem von der Aufsichtsbehörde genehmigten Geschäftsplan mit 4 % abgezinst.

Erläuterungen zur Jahresbilanz

PASSIVA

Zu G. I. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

Die Pensionsrückstellungen wurden nach dem Teilwertverfahren in Verbindung mit § 253 Abs. 1 Satz 2 HGB auf Grundlage der Richttafeln 2005 G von Prof. Klaus Heubeck mit einem Zinssatz von 5,14 % p.a. ermittelt. Es wurden eine Rentendynamik in Höhe von 1,3 % p.a. berücksichtigt und als Pensionsalter die gesetzlichen Renteneintrittsalter angesetzt.

Zu G. III. Sonstige Rückstellungen

EUR

a) Jahresabschlusskosten	34.800,00
b) Übrige	5.110,00
	<u>39.910,00</u>

Die sonstigen nicht versicherungstechnischen Rückstellungen wurden in Höhe der voraussichtlichen Inanspruchnahme angesetzt.

Zu I. I. Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft gegenüber

EUR

1. Versicherungsnehmern	
a) verzinslich angesammelte Überschussanteile	38.690.659,89
b) vorausgezahlte Beiträge	9.032,19
c) Beitragsdepots	212.309,74
d) Übrige	478.753,88
	<u>39.390.755,70</u>

Zu I. V. Sonstige Verbindlichkeiten

EUR

a) noch abzuführende Steuern	427.189,90
b) aus Lieferungen und Leistungen	6.113,77
c) Abrechnungsverbindlichkeiten gegenüber dem Landeskrankenhilfe V.V.a.G.	163.060,18
d) Übrige	24.784,80
	<u>621.148,65</u>

Die Verbindlichkeiten wurden mit dem Erfüllungsbetrag bewertet.

Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Der Landeslebenshilfe V.V.a.G. ist gemäß §§ 124 ff. VAG Mitglied des Sicherungsfonds für die Lebensversicherer. Der Sicherungsfonds erhebt auf Grundlage der Sicherungsfonds-Finanzierungs-Verordnung (Leben) jährliche Beiträge von maximal 0,2 Promille der Summe der versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen, bis ein Sicherungsvermögen von 1 Promille der Summe der versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen aufgebaut ist. Hieraus ergeben sich keine zukünftigen Verpflichtungen für den Landeslebenshilfe V.V.a.G.

Der Sicherungsfonds kann darüber hinaus Sonderbeiträge in Höhe von weiteren 1 Promille der Summe der versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen erheben; dies entspricht einer Verpflichtung von 107.268,34 EUR.

Zusätzlich hat sich der Landeslebenshilfe V.V.a.G. verpflichtet, dem Sicherungsfonds oder alternativ der Protektor Lebensversicherungs-AG finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen, sofern die Mittel des Sicherungsfonds bei einem Sanierungsfall nicht ausreichen. Die Verpflichtung beträgt 1 Prozent der Summe der versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen unter Anrechnung der zu diesem Zeitpunkt bereits an den Sicherungsfonds geleisteten Beiträge. Unter Einschluss der oben genannten Einzahlungsverpflichtungen aus den Beitragszahlungen an den Sicherungsfonds beträgt die Gesamtverpflichtung zum Bilanzstichtag 965.415,06 EUR.

Gemäß § 153 des Versicherungsvertragsgesetzes (VVG) werden seit dem 01.01.2008 die Versicherungsnehmer an den Bewertungsreserven des Landeslebenshilfe V.V.a.G. beteiligt. Die Bewertungsreserven werden unterjährig neu ermittelt und nach einem verursachungsorientierten Verfahren den anspruchsberechtigten Verträgen anteilig zugeordnet. Bei Vertragsbeendigung bzw. bei Ablauf der Aufschubzeit wird der für diesen Zeitpunkt ermittelte Betrag zur Hälfte zugeteilt und ausgezahlt bzw. zur Erhöhung der garantierten Rente verwendet. Ebenso werden Rentenversicherungen in der Rentenbezugszeit mittels eines verursachungsorientierten Verfahrens an den Bewertungsreserven beteiligt.

Deklaration von laufenden Überschussanteilen, Schlussüberschussanteilen und Schlusszahlungen
A. Laufende Überschussanteile für das Jahr 2012

Die Vergütungssätze für die laufenden Überschussanteile betragen in 2012:

Überschuss- verband	Tarife	beitrags-	Grundüberschussanteile Vergütungssätze bezogen auf die Versicherungssumme ¹⁾	Zinsüberschussanteile Vergütungssätze bezogen auf die überschussberecht. Deckungsrückstellung
GL24	LG, LE	pflichtig frei	5,2 ‰ -	1,25 ‰ 1,25 ‰
GL60	K1-K6, K2E	pflichtig frei	4,2 ‰ -	1,25 ‰ 1,25 ‰
GLR60	R0	pflichtig, frei	3,2 ‰	-
GL86	M1-M4, F1-F4	pflichtig frei	3,6 ‰ -	0,75 ‰ 0,75 ‰
GLR86	M9, F9	pflichtig frei	40 % des Bruttobeitrages 3,0 ‰	- -
GL94	1M-4M, 1F-4F, 2FE, 2ME	pflichtig frei	2,4 ‰ -	0,25 ‰ 0,25 ‰
GLR94	9M, 9F	pflichtig frei	40 % des Bruttobeitrages 1,8 ‰	- -
GL00	1M-4M, 1F-4F	pflichtig frei	2,4 ‰ -	1,00 ‰ 1,00 ‰
GLR00	9M, 9F	pflichtig frei	40% des Bruttobeitrages 1,8 ‰	- -
GL04	1M-4M, 1F-4F, 2ME, 2FE	pflichtig frei	2,4 ‰ -	1,50 ‰ 1,50 ‰
GLR04	9M, 9F	pflichtig frei	40% des Bruttobeitrages 1,8 ‰	- -
GL07	1 - 4	pflichtig frei	2,4 ‰ -	2,00 ‰ 2,00 ‰
GLR07	9	pflichtig frei	40% des Bruttobeitrages 1,8 ‰	- -
GL08	1, 2, 4	pflichtig frei	2,4 ‰ -	2,00 ‰ 2,00 ‰
GLR08	9	pflichtig frei	40% des Bruttobeitrages 1,8 ‰	- -
K09NR, K09R	2NR, 2R, 4NR, 4R	pflichtig frei	1,8 ‰ -	2,00 ‰ 2,00 ‰
K12, K12NR, K12R	1, 2NR, 2R, 4NR, 4R	pflichtig frei	1,8 ‰ -	2,50 ‰ 2,50 ‰
R09NR	9NR	pflichtig frei	25% des Bruttobeitrages 1,0 ‰	- -
R09R	9R	pflichtig frei	30% des Bruttobeitrages 1,0 ‰	- -
R12NR	9NR	pflichtig frei	25% des Bruttobeitrages 1,0 ‰	- -
R12R	9R	pflichtig frei	30% des Bruttobeitrages 1,0 ‰	- -
VB24	LGV	pflichtig frei	4,2 ‰ -	1,25 ‰ 1,25 ‰
VB60	V2-V5	pflichtig frei	3,2 ‰ -	1,25 ‰ 1,25 ‰
KL	L1	frei	30 ‰	-
RE49	AM, AF, AMU, AFU	pflichtig, frei	-	1,25 ‰
RE94	CM, CF, CME, CFE, CMU, CFU, DM, DF	pflichtig frei	- -	0,25 ‰ 0,25 ‰
RE00	CM, CF, CME, CFE, CMU, CFU, DM, DF	pflichtig frei	- -	1,00 ‰ 1,00 ‰
RE04	CM, CF, CMU, CFU, DM, DF	pflichtig frei	- -	1,50 ‰ 1,50 ‰
RE05	CM, CF, CMU, CFU, DM, DF, EM, EF	pflichtig frei	- -	1,50 ‰ 1,50 ‰
RE07	C, D, E	pflichtig, frei	-	2,00 ‰
RE08	C	pflichtig, frei	-	2,00 ‰
RE12	C	pflichtig, frei	-	2,50 ‰

Laufende Überschussanteile für das Jahr 2012

Die Vergütungssätze für die laufenden Überschussanteile betragen in 2012:

Überschussverband	Tarife	beitrags-	Grundüberschussanteile Vergütungssätze bezogen auf die Versicherungssumme ¹⁾	Zinsüberschussanteile Vergütungssätze bezogen auf die überschussberecht. Deckungsrückstellung
BUZalt	BUZ	pflichtig frei	5,0 % , bei Frauen 6,0 % des überschussber. Jahresbeitrages	- -
BUZ86, BUZ97, BUZ00, BUZ04, BUZ07	B, BR	pflichtig	5,0 % des überschussber. Jahresbeitrages	-

B. Schlussüberschussanteile und Schlusszahlungen

Die Vergütungssätze für die in 2012 fälligen Schlussüberschussanteile und Schlusszahlungen betragen:

Überschussverband	Vergütungssätze bezogen auf die Versicherungssumme für jedes voll abgelaufene Versicherungsjahr ²⁾	zusätzlich
GL24, GL60, GL86	3 ‰	4 %
GL94, GL00, GL04, GL07, GL08, K09NR, K09R, K12, K12NR, K12R	5 ‰	4 %
VB24, VB60	1 ‰	4 %
GLR60	1 ‰	-
KL	20 ‰	-
BUV	10 %	-

C. Laufende Überschussanteile für die Jahre 2013 und 2014

Die Vergütungssätze für die laufenden Überschussanteile in 2013 und 2014 betragen:

Überschussverband	Tarife	beitrags-	Grundüberschussanteile Vergütungssätze bezogen auf die Versicherungssumme ¹⁾	Zinsüberschussanteile Vergütungssätze bezogen auf die überschussberecht. Deckungsrückstellung
GL24	LG, LE	pflichtig frei	5,2 ‰ -	0,50 % 0,50 %
GL60	K1-K6, K2E	pflichtig frei	4,2 ‰ -	0,50 % 0,50 %
GLR60	R0	pflichtig, frei	3,2 ‰	-
GL86	M1-M4, F1-F4	pflichtig frei	3,6 ‰ -	- -
GLR86	M9, F9	pflichtig frei	40 % des Bruttobeitrages 3,0 ‰	- -
GL94	1M-4M, 1F-4F, 2FE, 2ME	pflichtig frei	2,4 ‰ -	- -
GLR94	9M, 9F	pflichtig frei	40 % des Bruttobeitrages 1,8 ‰	- -
GL00	1M-4M, 1F-4F	pflichtig frei	2,4 ‰ -	0,25 % 0,25 %
GLR00	9M, 9F	pflichtig frei	40 % des Bruttobeitrages 1,8 ‰	- -
GL04	1M-4M, 1F-4F, 2ME, 2FE	pflichtig frei	2,4 ‰ -	0,75 % 0,75 %
GLR04	9M, 9F	pflichtig frei	40 % des Bruttobeitrages 1,8 ‰	- -
GL07	1 - 4	pflichtig frei	2,4 ‰ -	1,25 % 1,25 %
GLR07	9	pflichtig frei	40 % des Bruttobeitrages 1,8 ‰	- -
GL08	1, 2, 4	pflichtig frei	2,4 ‰ -	1,25 % 1,25 %
GLR08	9	pflichtig frei	40 % des Bruttobeitrages 1,8 ‰	- -

Laufende Überschussanteile für die Jahre 2013 und 2014

Die Vergütungssätze für die laufenden Überschussanteile in 2013 und 2014 betragen:

Überschussverband	Tarife	beitrags-	Grundüberschussanteile Vergütungssätze bezogen auf die Versicherungssumme ¹⁾	Zinsüberschussanteile Vergütungssätze bezogen auf die überschussberecht. Deckungsrückstellung
K09NR, K09R	2NR, 2R, 4NR, 4R	pflichtig frei	1,8 ‰ -	1,25 % 1,25 %
K12, K12NR, K12R	1, 2NR, 2R, 4NR, 4R	pflichtig frei	1,8 ‰ -	1,75 % 1,75 %
R09NR	9NR	pflichtig frei	25 % des Bruttobeitrages 1,0 ‰	- -
R09R	9R	pflichtig frei	30 % des Bruttobeitrages 1,0 ‰	- -
R12NR	9NR	pflichtig frei	25% des Bruttobeitrages 1,0 ‰	- -
R12R	9R	pflichtig frei	30% des Bruttobeitrages 1,0 ‰	- -
VB24	LGV	pflichtig frei	4,2 ‰ -	0,50 % 0,50 %
VB60	V2-V5	pflichtig frei	3,2 ‰ -	0,50 % 0,50 %
KL	L1	frei	30 ‰	-
RE49	AM, AF, AMU, AFU	pflichtig, frei	-	0,50 %
RE94	CM, CF, CME, CFE, CMU, CFU, DM, DF	pflichtig frei	- -	- -
RE00	CM, CF, CME, CFE, CMU, CFU, DM, DF	pflichtig frei	- -	0,25 % 0,25 %
RE04	CM, CF, CMU, CFU, DM, DF	pflichtig frei	- -	0,75 % 0,75 %
RE05	CM, CF, CMU, CFU, DM, DF, EM, EF	pflichtig frei	- -	0,75 % 0,75 %
RE07	C, D, E	pflichtig, frei	-	1,25 %
RE08	C	pflichtig, frei	-	1,25 %
RE12	C	pflichtig, frei	-	1,75 %
BUZalt	BUZ	pflichtig frei	5,0 %, bei Frauen 6,0 % des überschussber. Jahresbeitrages	- -
BUZ86, BUZ97, BUZ00, BUZ04, BUZ07	B, BR	pflichtig	5,0 % des überschussber. Jahresbeitrages	-

Für die Jahre 2013 und 2014 wird bereits jetzt eine laufende Überschussbeteiligung in der vorstehenden Höhe zugesagt.

Die Grundüberschussanteilsätze werden in unveränderter Höhe auch in den Jahren 2013 und Jahr 2014 gewährt; die Zinsüberschussanteilsätze werden in Anbetracht der langfristigen Festlegung und der Abhängigkeit von der zukünftigen Entwicklung der Finanzmärkte aus Vorsichtsgründen auf einem gegenüber 2012 etwas niedrigeren Niveau festgelegt. In welchem Umfang eine eventuelle Erhöhung dieser Zinsüberschussanteilsätze durch Nachdeklaration erfolgen kann, wird im Rahmen der nächsten Deklaration entschieden.

¹⁾ bei beitragspflichtigen Versicherungen der Überschussverbände GLR86, GLR94, GLR00, GLR04, GLR07, GLR08, R09NR, R09R, R12NR, R12R bezogen auf den Bruttobeitrag, bei Versicherungen der Überschussverbände BUZalt, BUZ86, BUZ97, BUZ00, BUZ04 und BUZ07 bezogen auf den überschussberechtigten Jahresbeitrag

²⁾ bei Versicherungen des Überschussverbandes BUV bezogen auf die monatliche Berufsunfähigkeitsrente

D. Verzinsung des Ansammlungsguthabens

Das Ansammlungsguthaben wird für in 2012 endende Versicherungsjahre mit 4,50 % und für in 2013 sowie 2014 endende Versicherungsjahre mit mindestens 3,75 % verzinst.

E. Frauenüberschussanteil

Als Ausgleich für die geringere Sterblichkeit von Frauen erhalten diejenigen beitragspflichtigen Versicherungen der Überschussverbände GL24, GL60, GLR60, VB24 und VB60, bei denen die einzige versicherte Person weiblichen Geschlechts ist, einen Frauenüberschussanteil in Höhe von 1 ‰ der Versicherungssumme. Der Frauenüberschussanteil wird ebenso verwendet wie die übrigen laufenden Überschussanteile.

F. Anmerkungen zur Überschussbeteiligung

1. Überschussberechtigte Deckungsrückstellung ist die Deckungsrückstellung am Ende des Versicherungsjahres.
2. Der überschussberechtigte Jahresbeitrag ist bei beitragspflichtigen Versicherungen der Überschussverbände BUZalt, BUZ86, BUZ97, BUZ00, BUZ04 und BUZ07 der Jahresbeitrag; bei Versicherungen im Leistungsbezug ist der vor Entstehung des Leistungsanspruchs maßgebliche Jahresbeitrag überschussberechtigt; bei beitragsfreien Versicherungen wird der entsprechend gekürzte Jahresbeitrag vor Beitragsfreistellung der Bemessung der Überschussanteile zugrunde gelegt.
3. Die laufenden Überschussanteile (Grund- und Zinsüberschussanteile) werden bei Versicherungen der Überschussverbände GL24, GL60, GLR60, VB24, VB60, KL und RE49 jeweils nach Ablauf eines Versicherungsjahres fällig. Bei Versicherungen der Überschussverbände GL24, GL60, VB24, VB60 und RE49 werden sie erstmals nach Ablauf des zweiten Versicherungsjahres, bei Versicherungen des Überschussverbandes GLR60 erstmals nach Ablauf des dritten Versicherungsjahres fällig. Bei Rentenversicherungen des Überschussverbandes RE49 gegen Einmalbeitrag werden die laufenden Überschussanteile erstmals nach Ablauf des ersten Versicherungsjahres fällig. Im Überschussverband KL werden die laufenden Überschussanteile nach dem Bilanzstichtag (31.12.) fällig, welcher in das jeweilige Versicherungsjahr fällt.

Den Versicherungen der Überschussverbände GL86 und GLR86 werden die laufenden Überschussanteile jeweils zu Beginn eines Versicherungsjahres zugeteilt. Beitragspflichtige Versicherungen dieser Überschussverbände erhalten laufende Überschussanteile erstmalig zu Beginn des ersten Versicherungsjahres, Versicherungen gegen Einmalbeitrag erstmalig zu Beginn des zweiten Versicherungsjahres.

Den Versicherungen der Überschussverbände GL94, GL00, GL04, GL07, GL08, K09NR, K09R, K12, K12NR und K12R werden Grundüberschussanteile jeweils zu Beginn eines Versicherungsjahres und Zinsüberschussanteile nach Ablauf eines jeden Versicherungsjahres zugeteilt.

Den beitragspflichtigen Versicherungen der Überschussverbände GLR94, GLR00, GLR04, GLR07, GLR08, R09NR, R09R, R12NR und R12R werden die Überschussanteile jeweils zu Beginn, den beitragsfreien Versicherungen und den Versicherungen gegen Einmalbeitrag nach Ablauf eines jeden Jahres zugeteilt.

Den Versicherungen der Überschussverbände RE94, RE00, RE04, RE05, RE07, RE08 und RE12 werden nach Ablauf eines jeden Versicherungsjahres, erstmals nach Ablauf des ersten Versicherungsjahres, laufende Überschussanteile zugeteilt. Bei Versicherungen nach den Tarifen E, EM, EF, EME, EFE, EMU, EFU stellt die bis zum Ablauf der Aufschubzeit gewährte Überschussbeteiligung ein kollektives Guthaben dar. Sofern Versicherungen dieser Tarife vor Ablauf der Aufschubzeit vorzeitig beendet werden, wird ein etwaiges Guthaben an das verbleibende Versichertenkollektiv dieser Tarife vererbt. In der Rentenbezugszeit beträgt die beitragsfreie Zusatzrente für das in 2012 beginnende Versicherungsjahr bei Versicherungen der Überschussverbände RE00 11 %, RE04 17 %, RE05 20 %, RE07 28 %, RE08 26 % und RE12 35 % der Summe aus der vereinbarten monatlichen Leibrente und der bei Beginn der Rentenzahlung vorhandenen beitragsfreien monatlichen Bonusrente.

Die Versicherungen der Überschussverbände BUZalt, BUZ86, BUZ97, BUZ00, BUZ04 und BUZ07 erhalten nach Ablauf eines jeden Versicherungsjahres laufende Überschussanteile, die zu Beginn des jeweils folgenden Versicherungsjahres fällig werden.

4. Der Schlussüberschussanteil bzw. die Schlusszahlung wird in den Überschussverbänden GL24, GL60, GL86, GL94, GL00, GL04, GL07, GL08, K09NR, K09R, K12, K12NR, K12R, VB24, VB60, GLR60, KL, BUV bei Erlöschen in der angegebenen Höhe fällig, falls die Versicherung durch Ablauf der Versicherungsdauer endet bzw. - bei lebenslanger Versicherungsdauer - durch Tod des Versicherten nach Erreichen des rechnungsmäßigen Alters von 85 Jahren endet.
5. Der Schlussüberschussanteil bzw. die Schlusszahlung wird in den Überschussverbänden GL24, GL60, GL86, GL94, GL00, GL04, GL07, GL08, K09NR, K09R, K12, K12NR, K12R, VB24, VB60, GLR60, KL, BUV bei Erlöschen in verminderter Höhe fällig, falls
 - a) die Versicherung durch Tod des Versicherten vor Erreichen des rechnungsmäßigen Alters von 85 Jahren endet oder
 - b) die Aussteuerversicherung durch Heirat des zu versorgenden Kindes endet oder
 - c) der durch freiwillige Zuzahlungen oder vereinbarungsgemäße Verwendung der laufenden Überschussanteile vorverlegte Ablauftermin der Versicherung erreicht ist oder
 - d) bei den Versicherungen der Überschussverbände GL24, GL60, GL86, GL94, GL00, GL04, GL07, GL08, K09NR, K09R, K12, K12NR, K12R, GLR60, VB24, VB60, KL und bei den Versicherungen des Überschussverbandes BUV die Versicherung aus einem anderen Grund erlischt. Bei Versicherungen des Überschussverbandes BUV wird eine Schlusszahlung nur dann fällig, wenn die Versicherung drei Jahre bestanden hat, bei den Versicherungen der Überschussverbände GL24, GL60, GL86, GL94, GL00, GL04, GL07, GL08, K09NR, K09R, K12, K12NR, K12R, GLR60, VB24, VB60, KL ein Schlussüberschussanteil nur dann, wenn die Versicherung mindestens 10 Jahre oder mindestens ein Drittel der höchstens bis zum rechnungsmäßigen Alter 85 bemessenen Vertragslaufzeit bestanden hat.
6. Maßgebend für die Berechnung des Schlussüberschussanteils und der Schlusszahlung sind die Vertragsdaten zum Ende des letzten abgelaufenen Kalenderjahres.
7. Die Vergütungssätze für den Zinsüberschussanteil wurden so bestimmt, dass sich unter Hinzurechnung des jeweiligen Rechnungszinses eine Gesamtverzinsung von 4,25 % in 2012 und 3,50 % in 2013 und 2014 ergibt. Sie bezieht sich jedoch auf die überschussberechtigte Deckungsrückstellung zum Ende des Versicherungsjahres und ist deshalb mit der zuvor erläuterten Verzinsung des Ansammlungsguthabens von 4,50 % bzw. 3,75 % vergleichbar.

Die für die Verzinsung des Ansammlungsguthabens gemäß Punkt D. erforderlichen Mittel werden vollumfänglich der Rückstellung für Beitragsrückerstattung entnommen.

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung	2011	2010
Zu I. 1. a) Gebuchte Bruttobeiträge	EUR	EUR
aa) gebuchte Bruttobeiträge aus		
aaa) Einzelversicherungen	9.346.203,19	9.457.154,84
bbb) Kollektivversicherungen	1.499.281,72	1.602.884,07
	<u>10.845.484,91</u>	<u>11.060.038,91</u>
bb) gebuchte Bruttobeiträge, untergliedert nach:		
aaa) laufenden Beiträgen	8.873.470,52	9.309.919,14
bbb) Einmalbeiträgen	1.972.014,39	1.750.119,77
	<u>10.845.484,91</u>	<u>11.060.038,91</u>
cc) gebuchte Bruttobeiträge, untergliedert nach Beiträgen im Rahmen von Verträgen mit Gewinnbeteiligung	<u>10.845.484,91</u>	<u>11.060.038,91</u>
 Darstellung des Rückversicherungssaldos gemäß § 51 Abs. 4 Nr. 2 b RechVersV		
1. Erträge		
Zu I. 6. a) Anteil der Rückversicherer an den Bruttoaufwendungen für Versicherungsfälle	1.114.983,08	1.155.293,40
Zu I. 6. b) Anteil der Rückversicherer an der Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle	-5.484,85	5.466,04
Zu I. 9. c) Erhaltene Provisionen und Gewinnbeteiligungen aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft	60.221,53	64.542,93
	<u>1.169.719,76</u>	<u>1.225.302,37</u>
2. Aufwendungen		
Zu I. 1. b) Abgegebene Rückversicherungsbeiträge	398.841,06	438.604,20
Zu I. 1. d) Veränderung des Anteils der Rückversicherer an den Bruttobeitragsüberträgen	27.481,69	29.218,39
Zu I. 7. a) Anteil der Rückversicherer an der Veränderung der Brutto-Deckungsrückstellung	538.735,05	540.017,94
	<u>965.057,80</u>	<u>1.007.840,53</u>
3. Rückversicherungssaldo	<u>204.661,96</u>	<u>217.461,84</u>
 Zu I. 12. Sonstige versicherungstechnische Aufwendungen für eigene Rechnung		

In dem ausgewiesenen Betrag sind Aufwendungen für eine Direktgutschrift von Überschussanteilen nicht enthalten. Auch die für die Verzinsung der Ansammlungsguthaben der Versicherungsnehmer gutgeschriebenen Beträge wurden der Rückstellung für Beitragsrückerstattung entnommen.

Persönliche Aufwendungen

	2011	2010
	EUR	EUR
1. Provisionen jeglicher Art der Versicherungs-Vertreter im Sinne des § 92 HGB für das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft	214.538,27	195.091,34
2. Sonstige Bezüge der Versicherungsvertreter im Sinne des § 92 HGB	591,62	668,53
3. Löhne und Gehälter	488.794,49	488.097,46
4. Soziale Abgaben und Aufwendungen für Unterstützung	79.641,43	79.734,31
5. Aufwendungen für Altersversorgung	98.437,25	67.288,41
6. Aufwendungen insgesamt	882.003,06	830.880,05

Sonstige Angaben

Die Gesamtbezüge der Mitglieder des Vorstandes betragen 105.357,66 EUR.

An frühere Vorstandsmitglieder oder deren Hinterbliebene wurden Bezüge in Höhe von insgesamt 55.903,92 EUR gezahlt.

Für die Tätigkeit des Aufsichtsrates wurden 44.372,43 EUR aufgewendet. Laufende Pensionen und Anwartschaften auf Pensionen bestehen für die Mitglieder des Aufsichtsrates nicht.

Es sind für die Pensionsverpflichtungen ehemaliger Vorstandsmitglieder oder deren Hinterbliebenen 554.731,00 EUR zurückgestellt.

Hinsichtlich der Angaben zu Aufsichtsrat und Vorstand wird auf das Ende dieses Berichtes verwiesen.

Für den Abschlussprüfer wurden im Geschäftsjahr 15.532,65 EUR und für die Steuerberatung 2.300,00 EUR aufgewendet.

Im Geschäftsjahr waren durchschnittlich 11 Mitarbeiter beschäftigt, die ausschließlich dem Innendienst zuzurechnen sind. In der Zahl der Innendienstmitarbeiter sind 7 Teilzeitkräfte enthalten.

Lüneburg, den 16. April 2012

Landeslebenshilfe V.V.a.G.

Der Vorstand

Prof. Dr. Zachow

Hausbrandt

BESTÄTIGUNGSVERMERK DES ABSCHLUSSPRÜFERS

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht des Landeslebenshilfe V.V.a.G., Lüneburg, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2011 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter des Vereins. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Vereins sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Vereins. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Vereins und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Hamburg, den 23. April 2012

RBS RoeverBroennerSusat GmbH & Co. KG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Steuerberatungsgesellschaft

Dr. Wiechmann
Wirtschaftsprüfer

Bonin
Wirtschaftsprüfer

BERICHT DES AUFSICHTSRATES

Der Aufsichtsrat hat die Geschäftsführung des Vorstandes während des Berichtsjahres laufend überwacht. Er hat sich in vier Sitzungen sowie durch schriftliche und mündliche Berichte des Vorstandes regelmäßig und eingehend über die Lage und Entwicklung des Unternehmens sowie über wesentliche Vorgänge unterrichtet und sich von der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung überzeugt. Außerdem wurde über Maßnahmen Beschluss gefasst, die aufgrund gesetzlicher oder satzungsmäßiger Bestimmungen dem Aufsichtsrat obliegen oder seiner Zustimmung bedürfen. Neben grundsätzlichen Fragen der Geschäftspolitik wurden die Unternehmensplanung, der Geschäftsverlauf, die Risikolage und das Risikomanagement behandelt.

Die Buchführung, der Lagebericht und der Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2011 sind von der in der Sitzung des Aufsichtsrates vom 10. Mai 2011 zum Abschlussprüfer bestellten Wirtschaftsprüfungsgesellschaft RBS RoeverBroennerSusat GmbH & Co. KG, Hamburg, geprüft und mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen worden. Alle Aufsichtsratsmitglieder haben die Berichte des Abschlussprüfers unverzüglich erhalten. Die Berichte sind in der Bilanzsitzung des Aufsichtsrates von den Wirtschaftsprüfern erläutert und mit dem Aufsichtsrat ausführlich erörtert worden. Dem Prüfungsergebnis hat der Aufsichtsrat nichts hinzuzufügen.

Den Lagebericht für das Geschäftsjahr 2011, den Jahresabschluss sowie die Überschussverwendung hat der Aufsichtsrat geprüft. Er hat keine Einwendungen erhoben und den Jahresabschluss gebilligt, der damit gemäß § 172 AktG festgestellt ist.

Lüneburg, den 9. Mai 2012

Der Aufsichtsrat
Dr. Wendenburg
Vorsitzender

Aufsichtsrat

Dr. Erich Wendenburg, Hannover
Unternehmensberater, Vorsitzender

Hans Heinrich Matthiesen, Freienwill-Kleinsolt
Redakteur

Dr. Otto Hollje-Lüerssen, Oldenburg
Hauptgeschäftsführer i. R., stellv. Vorsitzender

Dr. Carl-Dieter Oschmann, Wiesbaden
Unternehmensberater

Jörn Hinrich Kröger, Hameln
Steuerberater

Olaf Schuler, Hann. Münden
Erster Pol.-Hauptkom. a.D.

Vorstand

Prof. Dr. Ernst-Wilhelm Zachow
Vorsitzender

Uwe Hausbrandt

Sitz des Unternehmens

21335 Lüneburg, Uelzener Str. 120

Tel. (0 41 31) 7 25-0
Internet

Fax (0 41 31) 40 34 02
www.lkh.de